

zung zu Öffnung und Veränderung aufzufassen: Schließlich liegt darin eine Chance zur Entwicklung neuer Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Kirche und Welt. Dabei heißt es zugleich, die überkommenen Räume und ihre Möglichkeiten neu wahrnehmen und erfahren zu lernen, um sich von da aus mutig auf die Erprobung und später auf die dauerhafte Umsetzung neuer Nutzungsformen einlassen zu können. Ohne Zweifel bedürfen Gemeinden wie kirchliche Gremien

hierbei kompetenter und weitsichtiger Beratung und Unterstützung, sowohl von innen als auch von außen: Dazu zählen in erster Linie die kirchlichen Bauämter sowie im Kirchenbau versierte Architekten, künftig mehr und mehr aber auch neuartige, interdisziplinär arbeitende Beratungsinitiativen, die sich auf die Entwicklung zukunftsweisender Nutzungs- und Finanzierungskonzepte für Kirchengebäude spezialisiert haben. *Matthias Ludwig*

Ethnisch-religiöse Konkurrenz überwinden

Der Einsatz der Kirche für die Demokratisierung Nigerias

Seit Mai dieses Jahres ist in Nigeria wieder ein demokratisch gewählter Präsident im Amt, und die Chancen für eine politische, soziale und wirtschaftliche Erneuerung stehen nicht schlecht. Unter der Militärherrschaft hatte die katholische Kirche, obgleich nur eine, wenn auch starke, Minderheit im Land, im Einsatz für die Menschenrechte eine bedeutende Rolle gespielt. Adolf Wendel, Referent bei Misereor, beschreibt den unverzichtbaren Beitrag der Kirche für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft.

Nigeria hat in Afrika Gewicht. Weniger wegen seiner Ausdehnung – hier liegt das Land mit knapp einer Million Quadratkilometern im Mittelfeld des Kontinents –, und auch nicht wegen seines wirtschaftlichen Potentials, das zwar nicht unerheblich ist, aber vor allem aus politischen Gründen bislang schlecht genutzt wurde. Was der ehemaligen britischen Kolonie mit ihren drei ethnischen Hauptgruppen Hausa, Yoruba und Igbo allein schon Gewicht verleiht, ist die Größe der Bevölkerung: Bereits heute ist jeder fünfte Afrikaner südlich der Sahara nigerianischer Staatsbürger. Bei einer jährlichen Wachstumsrate von knapp drei Prozent wird sich an dieser demographischen Tatsache in den kommenden zwanzig Jahren auch nichts ändern. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt, daß die Bevölkerung Nigerias im Zeitraum 1995 bis 2015 von 112 Millionen auf über 190 Millionen anwachsen wird.

So wundert es nicht, daß die politische Entwicklung des westafrikanischen Landes auch über die Region hinaus aufmerksam beobachtet wird. Wechselnde Militärregimes herrschten seit 1966 – mit Ausnahme der Jahre 1979 bis 1983 – in Nigeria. Die Mißwirtschaft und skrupellose Selbstbedienung der jeweiligen Machthaber haben das rohstoffreiche Land in dieser Zeit an den Rand des Ruins getrieben. Gleichzeitig haben Korruption und Menschenrechtsverletzungen Nigeria

politisch mehr und mehr ins Abseits gestellt. Zahlreiche Menschen sind vor der politischen Unterdrückung und dem wirtschaftlichen Niedergang ins Ausland geflüchtet.

Seit Ende Mai dieses Jahres ist nun wieder ein demokratisch gewählter Präsident im Amt, *Olusegun Obasanjo*. Der politische Wechsel war möglich geworden, nachdem im Juni 1998 der Diktator *Sani Abacha* plötzlich gestorben war. Wie Abacha von der eigenen Bevölkerung gesehen wird, zeigt sich am prägnantesten in dem Begriff, mit dem Nigerianer von seiner Regierungszeit sprechen: der „dunklen Zeit“. Im Ausland bleibt sein Name vor allem mit der Hinrichtung des Schriftstellers und Führers der Ogoni-Bewegung, *Ken Saro Wiwa*, und acht seiner Weggefährten im Jahr 1995 verbunden.

Chancen für eine politische, soziale und wirtschaftliche Erneuerung

Daß mit dem Tod Abachas jetzt auch Aussicht auf ein Ende der „dunklen Zeit“ besteht, ist mit ein Verdienst von Abachas Nachfolger, General *Aboubaka*, der sich von Anfang an für den Übergang zu einer Zivilregierung eingesetzt hat. So ermöglichte er im Januar und Februar dieses Jahres Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Mit der demokratisch legitimierten Regierung unter Olusegun Obasanjo sind die Weichen für eine politische, soziale und wirtschaftliche Erneuerung in Nigeria gestellt. Die Militärdiktatur ist beendet. Damit sind die vielfältigen Schwierigkeiten, die sich im Laufe von Jahrzehnten angesammelt haben, zwar noch nicht gelöst. Aber zumindest besteht jetzt eine realistische Chance, ihre Lösung in Angriff zu nehmen.

Eine Grundstimmung der Gleichgültigkeit und Hoffnungslosigkeit

In der für Nigeria wohl schwierigsten Zeit zeigte sich immer deutlicher, daß die *katholische Kirche* als einzige Organisation in der Lage war, die Regierung in Frage zu stellen. Das ist nicht selbstverständlich, da die 43 katholischen Diözesen Nigerias, und zwei Apostolische Präfekturen nur rund 13 Millionen Gläubige, gut zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, umfassen. Etwa die Hälfte der Nigerianer sind Muslime und auch unter den 45 Prozent Christen stellt die katholische Kirche eine, wenn auch starke, Minderheit dar. Dennoch waren es vor allem Vertreter der katholischen Kirche, die sich auch öffentlich kritisch gegenüber der Militärregierung äußerten und immer wieder energisch für die Zivilgesellschaft, für politische Häftlinge und eine gerechte politische Ordnung eintraten.

Als beispielsweise General Abacha 1995 den „Übergang zu einer Zivilregierung“ nach seiner Façon einleitete, erklärte die nigerianische Bischofskonferenz im Anschluß an ihr Treffen in Uyo vom 9. bis 12. September in einer viel beachteten Stellungnahme: Es widerspreche wirklicher Gerechtigkeit, und sei deshalb ethisch nicht zu rechtfertigen, wenn eine Militärregierung selbst die Rolle eines unabhängigen Schiedsrichters übernehme und zur gleichen Zeit Mitbewerber im gleichen Wahlprozeß sei.

Die Bischöfe forderten deshalb die Regierung auf, „diejenigen zu stoppen, die durch die Handlungen und ihr Verhalten die Aufrichtigkeit und Neutralität der Regierung im laufenden Übergangprozeß untergraben. Wir verurteilen die Handlungen derjenigen, die aktiv dafür kämpfen, daß die Führung der jetzigen Militärverwaltung 1998 ihre eigene Nachfolge übernehmen soll!“ Trotz solcher deutlichen, für die politische Ordnung relevanten Aussagen betrachteten sich die Bischöfe jedoch ausdrücklich nicht als Politiker. Vielmehr sehen sie ihr couragiertes Handeln als Ausdruck der Sorge um die leidenden Menschen.

In Ergänzung zu dem zitierten Hirtenbrief forderte die katholische Kirche in öffentlichen Stellungnahmen immer wieder Menschenrechte und die Rückkehr des Landes zur Demokratie ein. Doch es blieb nicht nur bei Worten. Die Einrichtung diözesaner „Justice, Peace and Development Commissions“ (diözesaner Kommissionen zur Förderung

der Friedens- und Menschenrechtsarbeit und kirchlicher Entwicklungsförderung) in allen Bistümern des Landes unterstrich die besorgten Äußerungen der Kirchenleitung.

Unter der Militärherrschaft, der viele Menschen zum Opfer fielen, ist der Einsatz für die Rechte der Menschen zu einer der Hauptaufgaben der katholischen Kirche in Nigeria geworden. Das bischöfliche Hilfswerk Misereor hat die Friedens- und Menschenrechtsarbeit, die Gefangenenhilfe und Starthilfe für entlassene politische Häftlinge und anderes mehr intensiv unterstützt.

Die Menschenrechtslage in Nigeria hatte sich während der Militärdiktatur fortwährend verschlechtert. Viele Nigerianer, darunter auch viele Politiker, sind mit Waffengewalt zum Schweigen gebracht worden. Damit verbunden war ein allgemeiner Rückfall des Landes in Anarchie, Gesetzlosigkeit und Willkür. Die Korruption des Justiz- und Wirtschaftssystems und des öffentlichen Dienstes hatte ein bis dahin unerreichtes Ausmaß angenommen. Bei vielen Menschen entstand eine Grundstimmung von Gleichgültigkeit und Hoffnungslosigkeit. Jeder konnte jederzeit verhaftet werden, einer imaginären oder realen Straftat bezichtigt und nach den Erlassen der Militärs ohne jegliche Chance einer fairen Anhörung, eines fairen Prozesses oder eines fairen Urteils ins Gefängnis geworfen werden. Viele Menschen sind in Polizeigewahrsam, in den Zellen der Geheimpolizei und in den Gefängnissen auf mysteriöse Weise ums Leben gekommen.

Ungezählte Untersuchungshäftlinge, die oft jahrelang unter unmenschlichen Bedingungen in Gefängnissen saßen, haben u. a. durch die Bemühungen der diözesanen JDP-Kommissionen Hilfe erfahren. Die katholische Kirche hat damit ein glaubhaftes Zeugnis abgelegt, daß sie für die Rechte der Menschen einsteht und dort hilft, wo die Not am größten ist. Eine Not, die bei einem totalitären Regime wie zur „dunklen Zeit“ von Abacha jeden treffen konnte. Weil sie sich von dieser Realität nicht weggewendet hat, gewann die katholische Kirche vielerorts an Glaubwürdigkeit.

Zum Verständnis der gegenwärtigen Situation in Nigeria und der Rolle der katholischen Kirche in diesem Kontext reicht es jedoch nicht aus, den Blick nur auf die Zeit der Militärherrschaft zurückzuwenden. Die Wurzeln für viele aktuelle Entwicklungen liegen tiefer. Als britische Truppen 1902/1903 den Norden des heutigen Nigeria besetzten, trafen sie auf wenig Widerstand.

Selbst in den Zentren des Fulani-Reiches schien die Bevölkerung kaum bereit, die islamische Obrigkeit zu verteidigen. Der Sultan und die meisten Emire der Fulani, jener islamischen, hausa-sprachigen Ethnien, die in der ganzen Region unter unterschiedlichen Namen als Halbnomaden leben, waren rasch vertrieben. Dennoch schien es den Briten nicht ratsam, die Macht der traditionellen Herrscherfamilien zu

brechen. Der Kolonialmacht fehlte es an Personal, um die eroberten Territorien zu verwalten.

Eine Folge dieser Politik war, daß bis zum Ende der Kolonialzeit in den Gebieten der ehemaligen Fulani-Emirate die Scharia, das islamische Recht, allgemein verbindlich blieb. Auch wo die Mehrheit der Bevölkerung sich aus Anhängern traditioneller Religionen oder christlicher Kirchen zusammensetzt, mußte sie sich in Zivil- und strafrechtlichen Verfahren vor islamischen Gerichten verantworten. Vor diesen Gerichten aber galt für die Anhänger verschiedener Religionen unterschiedliches Recht. Eine Regierungskommission stellte beispielsweise 1958 fest, daß viele Fulani-Richter bei der Aufklärung von Kapitalverbrechen nur die Zeugenaussagen von männlichen Muslimen zuließen. Auch wenn es um Ansprüche auf Kompensationszahlungen ging, erhielten Christen und Anhänger traditioneller Religionen weniger Entschädigung zugesprochen als „rechtgläubige Kläger“. Die Kolonialverwaltung institutionalisierte also in den Emiratsgebieten den niedrigeren Status der Nicht-Muslime.

Die ethnisch-religiöse Dreiteilung Nigerias

Die Aktivitäten der christlichen Missionen konzentrierten sich jahrzehntelang auf den Süden, der heute weitgehend christlich geprägt ist. Nur in einigen Yoruba-Städten wie Ilorin und Ibadan im Südwesten des Landes, die schon vor der Kolonialzeit islamisch beeinflusst waren, bilden die Muslime die Mehrheit der Bevölkerung. Im Südosten, unter den Igbo und den ethnischen Minderheiten an der Küste, hat sich dagegen das Christentum durchgesetzt – neben den katholischen und evangelischen Großkirchen auch zahlreiche kleinere unabhängige Kirchen, die sich aus den Missionskirchen entwickelt haben.

Attraktiv war das Christentum auch für die sogenannten „animistischen“ Minoritäten des Nordens. Um sich gegenüber der vordringenden Fulani-Kultur abzugrenzen, traten viele zum Christentum über. Auf diese Weise gelang es den meisten Ethnien, im Norden wie auch im sogenannten Middle-Belt, ihre Selbständigkeit zu erhalten. Der Landstreifen des Middle-Belt im Inneren Nigerias bildet bis heute die Nahtstelle zwischen mehrheitlich islamischem Norden und mehrheitlich christlichem Süden. Als Ergebnis der Ausbreitung des Islams und später des Christentums lassen sich also entlang ethnischer und religiöser Prägungen grob drei Regionen unterscheiden: die muslimischen Hausa im Norden, die christlichen Igbo im Südosten und die christlichen, teilweise aber auch muslimischen Yoruba im Südwesten.

Mit den Missionsstationen entstanden zugleich Schulen und Krankenhäuser. Damit breitete sich im Süden des Landes ein westlich geprägter Lebensstil aus. Der islamische Norden

hingegen sah in den Einflüssen der westlichen Zivilisation vor allem eine Bedrohung, gegen die er sich abzuschließen versuchte. Daß verschiedene Regionen Nordnigerias heute zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten des Landes gehören, hängt zum großen Teil damit zusammen. Gegen Ende der Kolonialzeit besuchten in Nordnigeria nur 185 000 Kinder eine Primarschule; im Süden dagegen lag die Zahl bei 2 300 000 – obwohl der Norden bevölkerungsreicher war und ist als der Süden.

Für die Gegensätze zwischen dem Norden und Süden ist wesentlich die Politik der Kolonialmacht Großbritannien verantwortlich. Ihr System der indirekten Herrschaft versuchte eine Mischung oder Assimilierung der Kulturen systematisch zu verhindern. Händler und Verwaltungsangestellte aus dem Süden, die nach dem Bau der Eisenbahn in großer Zahl in die nördlichen Städte Kano und Kaduna strömten, waren dort gezwungen, sich in den Stadtvierteln der „Animisten“ anzusiedeln. Die Gesetze der Kolonialmacht erlaubten es ihnen nicht, sich mit den muslimischen Bevölkerungsgruppen zu vermischen.

Erkennbar und deutlich wirkt diese Vergangenheit in die heutige Zeit hinein. Nigerias christliche Kirchen wünschen daher einen Ausgleich zwischen den religiösen Gruppen. Bei politischen Wahlen und der Vergabe öffentlicher Ämter sollten konfessionelle Bindungen keine Rolle mehr spielen.

Dieses westlich-säkuläre Modell funktioniert freilich nur, wenn alle Beteiligten sich an die Spielregeln halten. Jeder Versuch, politische Position zu erobern, um sie für religiöse Interessen zu nutzen, setzt einen Kreislauf des Mißtrauens in Gang. Solange Christen sich unter einem muslimischen Gouverneur nicht sicher fühlen können, werden sie daran interessiert sein, einen Angehörigen der eigenen Glaubensgemeinschaft im Amt zu sehen. Und umgekehrt werden Muslime versucht sein, dieser Strategie zuvorzukommen, indem sie alle wichtigen Positionen mit eigenen Bewerbern besetzen.

Die religiöse Konkurrenz in allen Bereichen des öffentlichen Lebens läßt sich überall in Nigeria beobachten: Verwaltungsangestellte aus dem Hausaland, die dank der Quotenregelung auch im Süden bevorzugt in den Staatsdienst kommen, können es sich routinemäßig erlauben, Anweisungen ihrer Vorgesetzten zu mißachten, denn sie wissen sich durch den Einfluß muslimischer Politiker protegirt. Ob sie ihre Arbeit gewissenhaft machen oder nicht, hat für die Karriere im öffentlichen Dienst nur wenig Bedeutung – was der Korruption Vorschub leistet. Würden dagegen religiöse (und ethnische) Loyalitäten nicht länger zählen, könnten an ihre Stelle rationalere Auswahlkriterien treten, die eine effizientere Verwaltung ermöglichen: nämlich die Ausbildung und die individuelle Eignung der Bewerber.

Ob sich dieser Versuch, die religiös bedingten Hemmnisse und Konflikte beizulegen, durchsetzen läßt, ist fraglich. Er setzt voraus, daß sich Nigerias Muslime von wesentlichen Elementen ihrer Tradition lossagen: Sie müßten akzeptieren, daß alle Religionen in allen Teilen des Landes gleichberechtigt sind.

Aber auch die christlichen Kirchen müßten alles tun, um die verbindenden und nicht die trennenden Elemente zu suchen und zu entwickeln. Hier ist die katholische Kirche in Nigeria gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen. Denn das ist genau, was die christlichen Kirchen und im besonderen die katholische Kirche Nigerias auszeichnet – das christliche Element von Nächstenliebe und Aufeinanderzugehen zu kultivieren.

Eine andere historische Hypothek für die katholische Kirche in Nigeria sind die *autochthonen afrikanischen Kirchen*. Diese Kirchen und ihr kultureller Reichtum sind von der katholischen Kirche lange vernachlässigt worden. Inzwischen bemüht sie sich aber, historische wie auch kulturbestimmte Elemente zu berücksichtigen. Dabei muß auch die katholische Kirche in Nigeria bescheiden gestehen, daß sie gegenwärtig noch weit davon entfernt ist, den außerordentlichen kulturellen Reichtum der vielen verschiedenen Ethnien und Völker in Nigeria sichtbar zu machen.

Kirche und Zivilgesellschaft haben viele gemeinsame Anliegen und Aufgaben

Seit dem Militärputsch von 1983 hat die Kirche in Nigeria in öffentlichen Stellungnahmen immer wieder Demokratie gefordert. Sie hat gezielt Laien und Priester geschult, um in den Gesprächen mit politisch Verantwortlichen Einfluß nehmen zu können. Bei den jüngsten Wahlen sind seitens der katholischen Kirche mehr als 2000 Beobachter eingesetzt worden. Die Investition in die politische Schulung scheint sich im Hinblick auf die Unterstützung gesellschaftlicher Prozesse zu mehr Beteiligung und mehr sozialer Gerechtigkeit auszuzahlen. Die Kirche setzt diese Arbeit deshalb weiter fort. Zur Zeit werden zusammen mit kompetenten nigerianischen Organisationen und politischen Bildungseinrichtungen für gewählte politische Vertreter Hilfe und Beratung angeboten.

Die Kirche erfährt dabei in ihrer Art und Weise, sich für Gerechtigkeit in der Gesellschaft einzusetzen, seitens der Bevölkerung viel Bestätigung und hat sich bei vielen einflußreichen Nigerianern im In- und Ausland großes Ansehen erworben.

Eine wichtige Bestätigung erfuhren die Verantwortlichen der Kirche auch während des Papstbesuches 1998 anlässlich der ersten Seligsprechung eines Nigerianers, *Cyprian Iwene Tansi*. Während des mehrtägigen Besuches hat der Papst in

Gesprächen mit den nigerianischen Bischöfen die Aspekte betont, die sich auf Demokratie, Menschenrechte, die Notwendigkeit von Versöhnung im Prozeß des Übergangs zu einer Zivilregierung, die Freilassung von Gegnern des Militärregimes und anderer politischer Gefangener bezogen. Johannes Paul II. traf die Stimmung der nigerianischen Kirche und der Nigerianer insgesamt, als er bekräftigte: „Es darf keinen Platz geben für Einschüchterung und Unterdrückung der Armen und Schwachen, für den willkürlichen Ausschluß von einzelnen und Gruppen am politischen Leben, für den Mißbrauch von Autorität und Macht.“

Getragen von den Gläubigen und von der Bevölkerung Nigerias setzt die Kirche ihre Bemühungen im Menschenrechtsbereich fort. Die Wahlen im Mai und die Einsetzung einer neuen Regierung waren ein erster Schritt in Richtung Demokratisierung. Jetzt gilt es mitzuarbeiten an der Befähigung der Zivilgesellschaft, um diese demokratischen Bemühungen fortzusetzen. Neben der politischen Bildung von Volksvertretern und Mitarbeitern politischer und sozialer Einrichtungen gilt die Aufmerksamkeit der Kirche weiterhin den Entwicklungsbemühungen beispielsweise zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung, der medizinischen Versorgung und der Stärkung der Wirtschaft zum Beispiel durch Kleinkreditsysteme. Dabei bemüht sich die Kirche Nigerias auch darum, die internationale Gemeinschaft einzubeziehen.

In ihrer Erklärung von 1. Dezember 1998 mit dem Titel „Ein neuer Anfang“ hat die Bischofskonferenz Nigerias ihren Standpunkt unmißverständlich dargelegt. Sie verurteilte die unglaubliche Korruption des vorangegangenen Militärregimes und die Plünderung der Staatsfinanzen, was die Nation an den Rand eines Zusammenbruchs gebracht habe. Sie prangerte die Verschärfung ethnischer Spannungen in Nigeria an als das Ergebnis einer Politik des Ausschlusses und des Prinzips von „Teilen und Herrschen“.

Die Erklärung verwies auf das Fehlen eines echten Föderalismus, seit die Militärs die politische Arena Nigerias betreten hatten. Dies habe die Subsidiarität vernichtet. Der Respekt gegenüber verfassungsgemäßen Vorgängen sei vollständig verloren gegangen und nationale Institutionen wie z. B. die Richterschaft, die Arbeitergewerkschaft und Studentenvereinigung, das Erziehungs- und Gesundheitssystem, der Staatsdienst und auch das Militär selbst seien zerstört worden.

Für das Entstehen einer neuen Ordnung empfahlen die Bischöfe mit allem Nachdruck, daß die Nigerianer lernen zusammenzustehen, denn, so hob die Bischofskonferenz hervor, „wir brauchen einander“ trotz der religiösen, ethnischen und politischen Verschiedenheit. Dazu müsse sich das Verständnis von Macht und Autorität in Nigeria ändern. Weg von einer Mentalität, die durch Ausbeutung und Beherrschung anderer geprägt gewesen sei, hin zu mehr Verständnis und zu der Bereitschaft, dienen zu wollen und

sich der Fürsorge und Verantwortung für die gesamte Bevölkerung zu stellen.

Ebenso wie die politisch Verantwortlichen in Nigeria wünscht sich auch die Kirche eine baldige Rückkehr der im Ausland lebenden Nigerianer zur Unterstützung des demokratischen und wirtschaftlichen Aufbaus der Gesellschaft. Sehr viele fähige nigerianische Jugendliche und hoch qualifizierte Fachkräfte haben aus politischen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen das Land verlassen. Sie leben heute sowohl im benachbarten Ausland als auch in Deutschland, sowie in anderen europäischen Ländern und in den USA. Es sind Tausende, die in Nigeria für den Neubeginn dringend benötigt werden.

Viele haben schon vor etlichen Jahren Nigeria verlassen müssen. Viele von ihnen leben auch unter uns und würden vielleicht gern in ihr Heimatland zurückkehren, wenn sie dafür Möglichkeiten sehen würden. Vielleicht gäbe es ja Mittel und Wege, um die Sorge und Bemühung Nigerias um die baldige

Rückkehr ihrer engagierten und qualifizierten Landsleute zu unterstützen. Denkbar wäre, daß das diesbezügliche Engagement der katholischen Kirche in Nigeria auch von den hiesigen Einrichtungen der katholischen Kirche unter Einbeziehung der entsprechenden staatlichen Stellen unterstützt werden könnte.

Kirche und Zivilgesellschaft haben in der gegenwärtigen Situation viele gemeinsame Anliegen und Aufgaben. Und seit den Wahlen lassen sich auch unter den politischen Machthabern wieder Partner für diese Aufgaben finden. So war das große Problem der Korruption auch Schwerpunkt der Antrittsrede des neuen Staatspräsidenten Obasanjo. Es scheint, als sehen der neu gewählte Staatspräsident und die katholischen Bischöfe in dieser Fragestellung die gleichen Schwerpunkte und Anliegen. Die Kirche Nigerias ist entschlossen, ihre Bemühungen im Kampf gegen Mißwirtschaft, Korruption und Ungerechtigkeit fortzusetzen.

Adolf Wendel

Nachrichten

Kirchen stellen Formular einer Christlichen Patientenverfügung vor

Eine Handreichung mit dem Formular einer „Christlichen Patientenverfügung“ sowie einer „Vorsorgevollmacht“ haben Ende September die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen vorgelegt. Mit der sogenannten Patientenverfügung läßt sich festlegen, welche medizinische und auch seelsorgliche Behandlung oder Betreuung gewollt wird, im Falle einer schweren, lebensbedrohenden Krankheit und der Unmöglichkeit, sich selbst zu äußern (vgl. HK, April 1998, 194 ff.).

Mit der Vorlage wollen die Kirchen, so die Vorsitzenden der Bischofskonferenz und des Rates der EKD, *Bischof Karl Lehmann und Präses Manfred Kock*, dazu beitragen, daß sich Menschen ohne Angst mit dem eigenen Tod und Sterben auseinandersetzen, mit vertrauten Menschen über Wünsche und Vor-

stellungen im Falle lebensbedrohender Erkrankung sprechen und eine ihrer christlichen Überzeugung entsprechende Vorsorge im Bereich der Sterbehilfe und Sterbebegleitung treffen. Neben einer Einführung in Sinn und Zweck der Patientenverfügung, Hinweisen zum Ausfüllen beziehungsweise regelmäßigen Aktualisieren des Formulars und einer Erklärung zum christlichen Verständnis der Patientenautonomie, der Sterbebegleitung und der ärztlichen Pflichten gibt die Handreichung in ihrem letzten Teil auch Impulse für eine Auseinandersetzung mit den Themen Tod und Sterben. Im Mai 1998 hatten die Kirchen eine ökumenische, aus Moral- und Pastoraltheologen, Medizinerinnen und Juristen gebildete Arbeitsgruppe beauftragt, eine Christliche Patientenverfügung zu entwickeln. Konkret verfügt der Unterzeichnende für den Fall, „daß ich nicht mehr in der Lage bin, meine Angelegenheiten selbst zu regeln“, an ihm „keine lebensverlängernden Maßnahmen“ vorzunehmen, wenn medizinisch festgestellt ist, daß er sich „im unmittelbaren Sterbeprozess“ befindet, bei dem jede lebenserhaltende Maßnahme das Sterben oder Leiden ohne Aussicht auf erfolgreiche Behand-

lung verlängern würde, oder daß „lebenswichtige Funktionen“ des Körpers nicht mehr behebbar ausgefallen sind. Ausdrücklich verfügt der Unterzeichnende: „Maßnahmen aktiver Sterbehilfe lehne ich ab.“ Mit der dem Dokument beigelegten Vorsorgevollmacht, kann eine Person benannt werden, die die Interessen des Patienten vertreten soll, wenn er außerstande ist, seinen Willen zu bilden oder zu äußern. Enttäuscht kritisierte die Deutsche Hospiz Stiftung in Dortmund das von den Kirchen vorgelegte Formular: Dieses sei so schwammig und allgemein, daß es für keinen Arzt bindend sei und für Betroffene so keine Sicherheit schaffe.

Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften werden in Frankreich rechtlich gleichgestellt

Die französische Nationalversammlung hat Mitte Oktober entschieden, daß eheähnliche Lebensgemeinschaften rechtlich anerkannt werden. Das Gesetzesvorhaben der linken Regierung mit dem Namen „Pacs“ („Pacte civil de solidarité“) war in Frankreich seit langem umstritten, noch im Herbst des vergangenen Jahres